



Politik gegen Aussonderung
Koalition für Integration und Inklusion

Vorstand:

Prof. Dr. Anne-Dore Stein

EH Darmstadt

Zweifalltorweg 12

64293 Darmstadt

Vorstand@politik-gegen-aussonderung.net

Darmstadt, 30.11.2023

Einladung zur dritten Arbeitskonferenz (online)

**Strategiediskussion zur Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche
Inklusion des Deutschen Bundestages**

Zeit: Samstag, 16.12.2023, 13 – 16 Uhr

<https://hu-berlin.zoom-x.de/j/65571643017>

Liebe Mitglieder und Interessierte,

In den ersten beiden Arbeitskonferenzen wurden bereits Ansätze und Formen von möglichen Strategien in Bezug auf die Einrichtung einer Enquete-Kommission **Gesellschaftliche Inklusion** diskutiert.

Die Bewusstmachung der Verantwortung des Parlaments des Deutschen Bundestages für die **Frage nach der Umsetzung der menschenrechtlichen Forderung nach Inklusion als Gesellschaftsfrage und Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt** steht im Fokus unserer diesbezüglichen Diskussionen.

Gegenstand der zweiten Arbeitskonferenz waren - neben der Diskussion über das Anstoßen von Bewusstseinsbildungsprozessen über mögliche Zugänge zu öffentlichen Medien - v.a. Diskussionen über die verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche, in denen strukturelle Ausgrenzung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindliche, gesellschaftliche Spaltungsprozesse stattfinden.

Als Ergebnis unserer Diskussionen soll im April (12.4.2024) eine Tagung in Berlin organisiert werden, bei der die unterschiedlichen Perspektiven auf diese Prozesse so zum Gegenstand gemacht werden, dass daraus die Forderung nach einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion nachvollziehbar wird und öffentlich diskutiert werden kann.

Bei der nun dritten Arbeitskonferenz sollen v.a. mögliche Arbeitsaufträge einer Enquete-Kommission zusammengetragen werden!

Wir freuen uns über eine rege Beteiligung an unserem Arbeitstreffen. Anfangs wird es eine Zusammenfassung zum Stand der bisherigen Arbeitsergebnisse und Gespräche geben, so dass alle Beteiligten auf demselben Stand sind.

Mit freundlichem Gruß

Anne-Dore Stein (Vorsitzende)

Für neu Interessierte: Zur Einordnung des Vorhabens:

Der Name des Vereins: **Politik gegen Aussonderung** – Koalition für Integration und Inklusion, erfährt derzeit nochmals eine Bestätigung in seiner Ausrichtung und Ursprungsidee der Repolitisierung der Diskussion um Integration und Inklusion:

Es geht uns um die Identifizierung und Überwindung ausgrenzender (Gesellschafts-) Strukturen – dies über Aufklärung im eigentlichen Sinne und durch den darüber herzustellenden **Widerstreit** im gesellschaftlichen Diskurs, Widerstreit im Sinne des französischen Philosophen Lyotards, der sich mit diesem Begriff mit der Bedeutung von Gesellschaftsfragen auseinandergesetzt hatte, die gerade als solche NICHT im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen werden. So wird auch die Frage der Teilhabe behinderter Menschen noch immer im Wesentlichen als **‘Herausforderung/Problem’** von dafür ausgebildeten Fachleuten gesehen und eben NICHT als **Frage an das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft**.

Das **‘Recht, Rechte zu haben’** (Ahrendt) wird – wie vom UN-Fachausschuss zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aktuell wieder herausgestellt – besonders dieser Personengruppe in vielen Bereichen individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens in besonders hohem Maße vorenthalten.

Strukturelle Ausgrenzung in Sonderwelten, unzureichende Unterstützungsstrukturen in regulären Lern-, Arbeits- und Lebenszusammenhängen sind historisch und aktuell nach wie vor in hohem Maße die gesellschaftliche **‘Antwort’** auf biologische, psychische und/oder soziale, sozio-ökonomische Beeinträchtigungen und Benachteiligungen von in unterschiedlichster Weise hiervon betroffenen Menschengruppen. Zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer/Zick) als **‘Gesellschafts-‘Klima’** führen zum Gegenteil dessen, was Oskar Negt mit einem **‘friedensfähigen Gemeinwesen’** benannt hat.

Diesen Zusammenhang als **Frage der politischen Verantwortung des Parlaments** zum Gegenstand zu machen und damit dazu beizutragen, haltende Strukturen für ein demokratisches Gemeinwesen gegen allgegenwärtige gesellschaftliche Ausgrenzung zu errichten, ist das Ziel des Vorhabens, Parlamentarier*innen für die Unterstützung dieses Prozesses durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion zu gewinnen.